

PRESSEDIENST

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Charlottenburg-Wilmersdorf
Otto-Suhr-Allee 100, 10585 Berlin
Fon: 9029-14908 Fax: 9029-14914
e-mail: fraktion@gruene-cw.de
<http://www.gruene-cw.de>



Große Anfrage und Anträge an die BVV am 30. August 2018

Große Anfrage
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Dr. Vandrey/Wapler/Koch

Personalgewinnung und Personalmanagement

Wir fragen das Bezirksamt:

1. Wie beurteilt das Bezirksamt die Effektivität des zentralen Bewerbungsbüros im Hinblick auf das Ziel eines zügig arbeitenden Personalwesens, der Verfahrensbeschleunigung und -vereinfachung sowie der Absicht, Stellenbesetzungsverfahren von der Anmeldung bis zur Einstellung innerhalb von drei Monaten abzuschließen und welche weiteren Maßnahmen zur Beschleunigung, Entbürokratisierung und Vereinfachung von Entscheidungsprozessen plant das Bezirksamt, um offene Stellen deutlich schneller zu besetzen?
2. Wie möchte das Bezirksamt zukünftig in seinen Ausschreibungen die Aufgaben- und Stellenbeschreibungen so gestalten, dass auch geeignete Bewerber*innen berücksichtigt werden können, deren Abschlüsse und Qualifizierungen nicht exakt den traditionellen Anforderungsprofilen entsprechen?
3. Welche Möglichkeiten sieht das Bezirksamt, das Arbeitsumfeld seiner Mitarbeiter*innen hinsichtlich der Einrichtung von Telearbeitsplätzen, der verbesserten Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf, der Barrierefreiheit und moderner Büroausstattung zu verbessern?

Antrag
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Dr. Vandrey/Wapler/Koch

Zielvereinbarungen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, bis zum Beginn des Jahres 2019 für alle Fachbereiche der Abteilungen Zielvorgaben zu definieren, die in Zielvereinbarungen zwischen den Stadträt*innen und den Fachbereichsleitungen niedergelegt werden. Die

Zielbeschreibungen sind konkret und messbar zu formulieren, Verantwortungen und realistische Bearbeitungshorizonte sind zu benennen. Diese Vereinbarungen sind der BVV und ihren Ausschüssen im ersten Quartal 2019 zuzuleiten.

Die BVV beschließt über die Gesamt-Zielvereinbarungen der Abteilungen; die Verantwortung für Bearbeitung, Koordination und Einhaltung des Zeitplans obliegt der bezirklichen Steuerung. Die einzelnen Bearbeitungsschritte sind in einem detaillierten Projekt- und Zeitplan niederzulegen. Über die aufbereiteten Arbeitsergebnisse und den weiteren Fortgang der Umsetzung ist in der BVV und ihren Ausschüssen regelmäßig zu berichten.

Der BVV ist bis zum 31.11.2018 zu berichten.

Begründung

Ziel des Antrags ist es, verbindliche Strukturen und Verfahren für die Zusammenarbeit zwischen den genannten Organisationseinheiten zu schaffen und auszubauen sowie eine gemeinsame Planung zu entwickeln und regelmäßig fortzuschreiben. Der regelmäßige Austausch über die Ziele und die bei ihrer Erreichung gewonnenen Erkenntnisse ist ein zentrales Anliegen der BVV.

Antrag

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Dr. Vandrey/Wapler/Kaas Elias

Potenziale für die Ausbildung im Bezirk nutzen – Aktiver für das Bezirksamt werben

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten zu prüfen, inwieweit mit der Technischen Universität eine Kooperation eingegangen werden kann, um Absolventen z.B. des Bau- oder Verkehrsingenieure dafür zu gewinnen, sich beim Bezirksamt zu bewerben. Zugleich soll geprüft werden, wie die Hürden für Fachqualifizierte, die das Bezirksamt benötigt, die aber über keine oder wenig Verwaltungserfahrung haben, in Zusammenarbeit mit den zuständigen Stellen gesenkt werden können, um diese einstellen zu können.

Zudem soll das Bezirksamt eine Strategie entwickeln, wie das Bezirksamt ein attraktiverer Arbeitgeber werden kann und wie offene Stellen insbesondere bei Personen mit entsprechender Berufsausbildung bekannter werden.

Der BVV ist bis zum 31. März 2019 zu berichten.

Begründung

Auf viele offene Stellen des Bezirksamtes gibt es entweder wenige oder keine bzw. keine qualifizierten Bewerbungen. Das geht in der Regel durch alle Bereiche des Bezirksamtes: Sei es das Gesundheitsamt oder das Tiefbauamt. Für die größeren Herausforderungen der wachsenden Stadt wie auch für den Service für die Bürgerinnen und Bürger ist es

entscheidend, dass die offenen Stellen auch besetzt werden können. Nur so kann das Bezirksamt seine Pflichten wahrnehmen. Umso mehr sollten die Potenziale im Bezirk nutzbar gemacht werden. Mit der TU-Berlin und der Universität der Künste ist der Bezirk über den Campus Charlottenburg verbunden. In entsprechenden Ausbildungen auf dem Campus Charlottenburg sollte das Bezirksamt auf eine Tätigkeit im Bezirk hinweisen und wenn möglich mit einer Kooperation mit den Universitäten gezielt darauf hinarbeiten.

Viele Fachqualifizierte haben die nötigen Kenntnisse, um für das Bezirksamt arbeiten zu können. Wird jedoch Verwaltungserfahrung eingefordert, können diese Personen nicht ohne weiteres eingestellt werden, auch wenn ihre Fähigkeiten dringend benötigt werden. Gerade in diesen Fällen sollte gemeinsam mit den zuständigen Stellen geprüft werden, wie diese dennoch eingestellt werden können, um die notwendigen Aufgaben erledigen zu können.

Andere Bezirksämter arbeiten mit Imagekampagnen an einem attraktiveren Bild ihrer selbst und machen sich damit bekannter. Das Bezirksamt Neukölln wirbt mit Großplakaten auch in unserem Bezirk (gesehen U-Bahnhof Jungfernheide) als Arbeitgeber, das Bezirksamt Mitte hat einen Imagefilm in den Umlauf gebracht. Gerade jüngeren Leute, die sich beruflich orientieren, werden sowie über Kanäle der sozialen Medien hierauf aufmerksam. Das was andere Bezirksämter könne, kann das Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf auch, zumal die City West einer der begehrtesten Arbeitsorte in der Stadt ist.

Antrag
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Dr. Vandrey/Wapler/Kaas Elias

Bezirkliches Radnetz weiter entwickeln

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten, gemeinsam mit dem Fahr-Rat auf Grundlage des bezirklichen Verkehrskonzeptes das Radnetz weiterzuentwickeln. Dieses soll die durch gehende Radrouten durch den Bezirk vervollständigen wie auch die überbezirklichen Radrouten integrieren, damit diese mit einer ausreichenden Radinfrastruktur versehen wird, die nicht an den Bezirksgrenzen endet.

Der BVV ist bis zum 30. Juni 2019 zu berichten.

Begründung

Im Rahmen des Verkehrskonzeptes hat der Bezirk bereits Radrouten entwickelt, die es zu vervollständigen gilt. Darüber hinaus sollte gemeinsam mit den Fachgremium des Fahr-Rates geprüft werden, ob dieses Netz ausreicht und wo es Bedarf für weitere Radinfrastruktur gibt, um insbesondere die Lücken im Netz zu schließen. Der Allgemeine Deutsche Fahrrad-Club (ADFC) City West und das Netzwerk Fahrradfreundliches Charlottenburg-Wilmersdorf erarbeiten ein Entwurf für ein bezirkliches Radroutennetz, dass als Grundlage für das des Bezirks dienen kann und im Fahr-Rat beraten und auf den Weg gebracht werden kann.

Antrag
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Dr. Vandrey/Wapler/Kaas Elias

Verlesung des Europäischen Manifests ermöglichen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten, Veranstaltungen zur Verlesung des Europäischen Manifests am 10. November 2018 um 16 Uhr im Bezirk zu ermöglichen und mit Europa-Mitteln zu unterstützen.

Der BVV ist bis zum 31.10.2018 zu berichten.

Begründung

Am 10. November 2018 jährt sich zum 100. Mal das Ende des Ersten Weltkrieges. Daher wurde dieses Datum für das Verlesen des Europäischen Manifestes gewählt, um zu verdeutlichen, wie wertvoll der Frieden ist, den wir in der Europäischen Union genießen. Für diese Aktion werden Orte gesucht. Charlottenburg-Wilmersdorf ist dem Gedanken der europäischen Integration verbunden und sollte daher diese unterstützen. Das Manifest ist eher als Gedankenanstoß zur Zukunft Europas zu verstehen als dass die Forderungen konkret umgesetzt werden.

Das Manifest im Wortlaut:

Manifest

Heute, am 10. November 2018 um 16 Uhr, 100 Jahre nach Ende des I WK, der auf Jahrzehnte die europäische Zivilisation zerstört hatte, gedenken wir nicht nur der Geschichte, sondern nehmen unsere Zukunft selbst in die Hand.

Es ist Zeit, das Versprechen Europas zu verwirklichen und sich an die Gründungsidee des europäischen Einigungsprojekts zu erinnern.

Wir erklären alle, die sich in diesem Augenblick auf dem europäischen Kontinent befinden, zu Bürgerinnen und Bürger der europäischen Republik. Wir nehmen unsere Verantwortung für das universale Erbe der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte an, und geloben, sie endlich auf diesem Kontinent zu verwirklichen.

Wir sind uns bewusst, dass der Reichtum Europas auf Jahrhunderten der Ausbeutung anderer Kontinente und der Unterdrückung anderer Kulturen beruht. Wir teilen deshalb unseren Boden mit jenen, die wir von ihrem vertrieben haben. Europäer ist, wer es sein will. Die Europäische Republik ist der erste Schritt auf dem Weg zur globalen Demokratie.

Das Europa der Nationalstaaten ist gescheitert.

Die Idee des europäischen Einigungsprojekts wurde verraten.

Der Binnenmarkt und der Euro konnten ohne politisches Dach zur leichten Beute einer neoliberalen Agenda werden, die der Idee der sozialen Gerechtigkeit widerspricht.

Daher muss die Macht in den europäischen Institutionen erobert werden, um den gemeinsamen Markt und die gemeinsame Währung in einer gemeinsamen europäischen Demokratie zu gestalten.

Denn Europa heißt: Menschen zu einen und nicht Staaten zu integrieren.

An die Stelle der Souveränität der Staaten tritt hiermit die Souveränität der Bürgerinnen und Bürger. Wir begründen die Europäische Republik auf dem Grundsatz der allgemeinen politischen Gleichheit jenseits von Nationalität und Herkunft. Die konstitutionellen Träger der europäischen Republik sind die Städte und Regionen. Der Tag ist gekommen, dass sich die kulturelle Vielfalt Europas endlich in politischer Einheit entfaltet.

Der europäische Rat ist abgesetzt. Das europäische Parlament hat gesetzgeberische Gewalt. Es wählt eine europäische Regierung, die dem Wohle aller europäischen Bürgerinnen und Bürger gleichermaßen verpflichtet ist.

Es lebe die Europäische Republik!

Ulrike Guérot, Robert Menasse und viele Bürgerinnen und Bürger

Unterstützt von Milo Rau

Mehr Informationen gibt es auf Englisch unter <https://europeanbalconyproject.eu>

Antrag
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Dr. Vandrey/Wapler/Drews

Grüner Hauptweg von der Spree zum Grunewald

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, sich in Absprache mit dem Senat um die Ausweisung und entsprechende Wegemarkierung eines neuen grünen Hauptweges „Spree-Murellenberge“ im Bezirk zu bemühen. Dieser Weg soll vom Schlosspark Charlottenburg zunächst längs der Spree führen, am Fürstenbrunnerweg auf den bereits existierenden Hangweg am Ruhwaldpark führen; des Weiteren am U-Bahnhof Ruhleben vorbei längs der Fließwiese und von dort durch die Murellenberge. Von dort ist ein Anschluss entweder direkt zum nördlichen Grunewald oder indirekt längs der S-Bahn nach Tiefwerder und von dort längs der Spreewiesen nach Pichelswerder möglich.

Der BVV ist bis zum 30.11.2018 zu berichten.

Begründung

In der heutigen stark urbanisierten Spreetal und seiner angrenzenden Höhenzüge ist die landschaftliche Struktur des zur Spreeniederung abfallenden Höhenzugs der Teltower Nordplatte kaum mehr erkennbar. Sie würde durch eine gezielte Wegeführung wieder darstellbar und nachvollziehbar. Zudem würde auf diese Weise über das reizvolle Naturschutzgebiet „Fließwiese“ das seit 2007 wieder öffentlich zugängliche, doch kaum bekannte Gebiet des Schanzenwalds und der Murellenberge wegemäßig über den Schlosspark an die City angeschlossen.